

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Bestimmungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise für die Anzeigenblätter des Auer Tageblattes für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Gelbfennige, aus weiterem Umkreis 25 Gelbfennige. Restliche Anzeigen 30 Gelbfennige. Sonstige Anzeigen 40 Gelbfennige.

Telegramme: Auer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 284

Dienstag, den 8. Dezember 1925

20. Jahrgang

Hindenburg für die große Koalition.

Demission der Reichsregierung.

Berlin, 6. Dez. Reichskanzler Dr. Luther überbrachte heute nachmittag 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Berlin, 7. Dez. Der angekündigte Besuch des Reichspräsidenten Loh beim Reichspräsidenten Hindenburg fand gestern mittag statt und währte eine knappe Stunde. Wie mehrere Blätter wissen wollen, habe der Reichspräsident den Standpunkt vertreten, daß versucht werden müsse, eine Regierung auf der breiten Grundlage zu bilden, die von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei reiche.

Die Notwendigkeit einer Regierung für derartig breite Grundlage erhebe sich aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit. Am heutigen Montag sind die Parteiführer zum Reichspräsidenten geladen. Zuerst wird um 11 Uhr der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller vom Reichspräsidenten empfangen werden. Dem „Montag“ zufolge ist man in parlamentarischen Kreisen der Meinung, daß nach den heutigen informativischen Besprechungen zunächst inter-

fraktionelle Beratungen zwischen den parlamentarischen Gruppen folgen werden.

In der gestrigen Kabinettsitzung erledigte das Kabinett eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten, bevor das Reichsministerium den Demissionsbeschluß faßte. Es wurde ein Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues

verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden wird. Der Gesetzentwurf enthält u. a.: Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht; Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergebung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung; Vorschriften über das Festhalten von Brot zu festem Gewicht u. a.

Wie gleichzeitig gemeldet wird, haben die Bestrebungen der Reichsregierung auf Herabsetzung der Zinssätze für öffentliche Gelder zu dem weiteren Ergebnis geführt, daß sich den Vereinbarungen zur Zinssherabsetzung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder vorbehaltlos angeschlossen hat, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städteverband, der Reichsstadtebund und der Deutsche Landvolkverband sowie das Geldinstitut des Deutschen Sparassens- und Giroverbandes, die Deutsche Girozentrale, ihnen vorbehaltlos beigetreten sind.

Soll Deutschland „rocken“ werden?

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Von Alfred Brodau, M. d. R.

Ein gesetzliches Staatsverbot des Alkohols nach amerikanischem Muster läßt sich derzeit in Deutschland nicht erreichen. Dafür würde weder im Reichstag noch im Reichsrat eine Mehrheit zu erhalten sein. Deshalb verucht die Abstinenzbewegung in Deutschland, ermuntert durch das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika und einiger nordischer europäischer Staaten, auf einem Umweg zum Ziel zu gelangen, auf dem Umweg über das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht, in folgendem kurz als GBR bezeichnet. Das GBR, seit einigen Jahren das Schlagwort der Abstinenzler, was bedeutet es? Es bedeutet das, was die wörtliche Auslegung des Begriffes ergibt. Bei solcher Auslegung haben wir bereits ein GBR: die Gemeinde ordnet ihre Angelegenheiten jetzt bereits selbst durch ihre gewählten Vertreter. Was die Abstinenzler mit ihrem GBR wollen, ist — das liegt nicht schon im Begriffe des GBR — direkte Abstimmung durch die Gemeindebürger; aber sie wollen nicht etwa direkte Abstimmung in allen Gemeindeangelegenheiten, sondern nur hinsichtlich der Schankkonzessionen. Und die Hauptsache: die direkte Abstimmung soll sich nicht bloß auf die Erteilung von Schankkonzessionen erstrecken, sondern es soll auch durch die Gemeindebürger darüber abgestimmt werden können, ob überhaupt der Ausschank und der Vertrieb von Alkoholgetränken in einer Gemeinde noch geuldet wird. Man spekuliert dabei insbesondere auf die Frauenstimmen.

Dieses GBR war bereits in einem dem Reichstag im Jahre 1923 vorgelegten Schankstätten-Gesetzentwurf bereits vorgesehen, daß es durch die Gesetzgebung der einzelnen Länder eingeführt werden könne. Der Entwurf fiel aber durch die Reichstagsauflösung im März 1924 unerledigt unter den Tisch. Im gegenwärtigen Reichstag beantragte die sozialdemokratische Partei die Wiedervorlegung des Entwurfs. Der Antrag wurde aber bekanntlich, nachdem er in dem beschließungsrechtlichen Ausschuss angenommen worden war, am 18. Februar 1925, vom Reichstag in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Es wurde dafür eine Entschließung angenommen, durch welche die Regierung ersucht wurde, schleunigst ein Gesetz zum Schutze der Jugend vor den Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens, unter Ablehnung der Trodenlegung Deutschlands, vorzulegen.

Kaum drei Monate waren seit dem Vorgang verfloßen, als ein neuer Vorstoß unternommen wurde. Beim Staatskapitel „Gesundheitswesen“ (Ministerium des Innern) ist es zur Annahme einer Entschließung gekommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, „das vom Reichstag schon am 18. Februar 1925 verlangte Schutzgesetz gegen den Alkoholismus unter Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechtes nunmehr schleunigst vorzulegen“. Diese Entschließung des Haushaltsausschusses legt also den Reichstagsbeschluss vom 18. Februar 1925 förmlich zu einem solchen aus, durch welchen allgemein ein Gesetz gegen den Alkoholismus verlangt worden ist.

Ueber die erwähnte Entschließung erfolgt die Abstimmung im Reichstag erst bei der dritten Lesung des Etats, die im Laufe des Dezember erfolgen soll. Es sind bereits zwei Änderungsanträge dazu eingebracht, der eine von Mitgliedern mehrerer Parteien — Brodau (Dtsch. Demokrat), Nolte (Wirtsch. Vereinigung), Schirmer-Franken (Wagr. Volkspartei) — fordert die Streichung der Worte „unter Einbeziehung eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechtes“, der andere, von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei (Wes und Gen.) verlangt einen Zusatz, durch welchen die Trodenlegung ausdrücklich ausgeschlossen wird, wie es schon im Reichstagsbeschluss vom 18. Februar gesehen ist.

Eine ungemein rege Propaganda wird entfaltet, um den Reichstag für die Entschließung des Haushaltsausschusses zu gewinnen. Auf ein gegebenes Zeichen haben nicht allein die Vereine der Abstinenzler, die Guttempler und wie sie alle heißen, sondern auch politische Frauen- und Jugendorganisationen, Pastoren- und Kirchenvorstände (wohin auch in der Hauptsache evangelische) die Abgeordneten mit einer Flut von Rundschreiben und Telegrammen bombardiert. Erst spät hat sich die andere Seite gerührt, die durch die Abstinenzbewegung bedrohten Gewerbe. In letzter Zeit haben sich auch eine ganze Anzahl Gewerbe- und Handelskammern (auch der Deutsche Industrie- und Handelskongress) gegen das GBR ausgesprochen.

Die Agitation der Abstinenzler besetzt vielfach die Zeit, das verlangte „brauchbare“ GBR als harmlos erscheinen zu lassen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die allgemeine Trodenlegung tatsächlich das Ende der Abstinenzler ist und daß das GBR dazu verhelfen soll.

Für das GBR haben sich in Deutschland als Partei nur festgelegt die Kommunisten und die Sozialdemokraten; in den übrigen Parteien sind es nur Mitglieder, die dafür eintreten. Unschwer hat sich die Sozialdemokratie, die ganz im Gegensatz zu dieser Diktura zusammen mit den Demokraten die Fortschrittverbände bekämpft, durch den Hinweis auf den angeblich „demokratischen“ Charakter des GBR bewegen lassen, zu dem Vorstoß der Abstinenzler ihre Hand zu legen und für das GBR einzutreten. Es liegt hier aber eine Ver-

„Strefmann muß bleiben!“

In einem Artikel „Vor der Regierungsbildung“ bezeichnet die „Germania“ zwei Dinge als unerlässlich: die Regierung der Sozialdemokratie bei der kommenden Regierungsbildung und das Verbleiben des Außenministers Dr. Strefmann. Die Deutsche Volkspartei, so heißt es dann weiter, wird sich der Notwendigkeit nicht entziehen können, dieser — wir möchten fast sagen — Selbstverständlichkeit Rechnung zu tragen. Der „Vorwärts“ schließt einen Rückblick auf die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Bildung von Reichsregierungen mit den Ausführungen, daß die Massen eine Regierungspolitik fordern, die sie aus der Wirtschaftskrise herausführe und ihre Leiden lindere. Die Sozialdemokraten seien die Vertreter ihrer Forderungen. Darum sprechen wir, so heißt es in dem Blatt, mit denen, die mit uns über die Verteilung von Portefeuilles reden wollen, über die Erfüllung von Forderungen. Die „Kreuzzeitung“ betont am Schlusse ihres Beitrags, daß die deutschnationalen Kreise mit gesteigertem staatspolitischen Interesse die Vorgänge verfolgen müßten, welche sich während der Regierungskrise abspielten. Sie würden ihren ganzen Einfluß darauf konzentrieren müssen, daß dabei nicht „ein roter Wechselbalg“ zur Welt komme, durch den das Schicksal des Deutschen Reiches festgelegt werden müßte.

Parteiabstimmungen bei Hindenburg.

Berlin, 6. Dez. Der Reichspräsident hat heute mitag den Reichspräsidenten Loh empfangen, der ihm über die gegenwärtige parlamentarische Lage Bericht erstattete. Morgen sollen die Führer der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der kommunistischen und kommunistischen vom Reichspräsidenten empfangen werden, und zwar zuerst die Sozialdemokraten, darauf die Demokraten und dann die übrigen Fraktionsführer in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die Empfänge beim Reichspräsidenten beginnen um 10 Uhr vormittags. Bis her rechnet man damit, daß der Reichspräsident nach diesen Empfängen Dr. Luther erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

Abrüstungskonferenz in Genf.

London, 6. Dez. Der Genfer Berichterstatter des Reutersbüros erzählt, daß die gestrigen geheimen Beratungen des Abrüstungskomitees sich mit dem von Frankreich und Großbritannien herausgegebenen Memorandum befaßte. Der Ausschuss wünschte dem Völkerbundrat nur ein einziges Memorandum zu überreichen. Es verlautete, daß nur über einige Einzelheiten noch Meinungsverschiedenheiten herrschen.

„Sunday Times“ zufolge ist man in politischen Kreisen allgemein der Ansicht, daß, wenn eine Abrüstungskonferenz zusammenrückt, Rußland und die Vereinigten Staaten eingeladen werden sollten, daran teilzunehmen. Der diplomatische Berichterstatter des Blat-

tes dementiert entschieden die Weisung, daß zwischen Frankreich und England ein militärisches Bündnis gegen die Türkei bestehe.

16. Geburtstag des Feldmarschalls v. Maden en.

Am 6. Dezember feierte Maden en seinen 16. Geburtstag. Er ist in Leipzig im Kreise Wittenberg geboren und war zum Landwirt bestimmt. Seinen glühendsten Wunsch, aktiver Offizier zu werden, konnte der Vater nicht erfüllen. Seiner Dienstpflicht genigte er bei dem Leib-Regiment, in dem er auch 1870 nach Frankreich ausrückte. Nach dem Kriege, in dem er sich als vorzüglicher Offizier auszeichnete und das Eisenerz erhielt, studierte er an der Universität Halle. Im Jahre 1873 wollte der Vater endlich ein ihn Offizier werden zu lassen. Nach jährlicher Frontdienstzeit wird er Brigadieradjutant und kurze Zeit darauf von Wollitz in den Generalstab berufen. Bald zieht der Generalstabsadjutant als erster Adjutant Schlieffens die Fäden auf sich. Der Kaiser ernannt den jüngeren Offizier zum Kommandeur der Leib-Regimenter, später dann zu seinem Flügeladjutanten. In der Umgehung des Kaisers bleibt er, der schlichte Mann, aufrecht. Er war nie ein „Hofgeneral“. Nach drei Jahren tritt Maden en an die Spitze der neuorganisierten Leib-Regimenter und trägt die Uniform später auch als Divisionskommandeur und Kommandierender General des 17. Armeekorps in Danzig. Seine Taten im Weltkrieg sind bekannt. Bestimmt lehnte Maden en die Bezeichnung „Feldherr“ ab, selbst als er den Marschallstab erhalten hatte. „Ich bin nur ein General, der sich bemüht, seine Schuldbilanz zu tun.“ Und doch war Maden en ein geübter Heerführer. Den Krieg beherrschte er mit hoher geistiger Begeisterung, mit unbezweifeltem Scharfsinn und mit einem jugendlichen Körper der nichts anderes war, als der stets gehorsame Sklave eines edelern Willens.

Für die Wiedergewinnung der abgetrennten Gebiete.

Breslau, 6. Dez. In der Schlussitzung des demokratischen Parteitages erklärte Dr. Luidde, daß er den parlamentarischen Vereinigungen in den Ententestaaten geschrieben habe, es werde keine deutsche Regierung geben, die dem deutschen Volke die Hoffnung auf Wiedergewinnung der abgetrennten Gebiete im Osten, Memel und Danzig, nehmen wird. Eine in diesem Sinne von Luidde vorgelegte Entschließung wurde angenommen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Wiedergewinnung des Reichsministers a. D. Koch zum Parteivorstand.

Abjluß der italienisch-ägyptischen Grenzverhandlungen.

Kairo, 6. Dez. (Reuters.) Die lang umstrittene Frage der Jerabud-Dase ist endgültig geregelt worden. Das Abkommen zwischen Italien und Ägypten, das die tripolitische Grenze reguliert, wurde von Iwar Pascha und dem Marquis Negrotto Cambiaso unterzeichnet. Die Dase Jerabud wird italienisch. Die Milner-Clauja-Dase wird im allgemeinen eingehalten, jedoch tritt Italien die Quelle bei Waba Ramieh, die Schem mit Wasser versorgt, an Ägypten ab.